

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Cornelia Behm, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Bettina Herlitzius, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationalen Klimaschutz stärken – Missbrauch von CDM-Projekten verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zur Erreichung der internationalen Klimaschutzziele

Im Kyoto-Protokoll ist internationalen Projekten zu einer klimaverträglichen Entwicklung nach dem Clean Development Mechanism (CDM) eine wichtige Rolle zugeordnet. CDM-Projekte sollen zum einen die nachhaltige Entwicklung des Gastlandes durch den beschleunigten Transfer von Klimaschutztechnologien begünstigen. Zum anderen sollen sie den durch das Kyoto-Protokoll gebundenen Industrieländern die kosteneffiziente Erfüllung ihrer Klimaschutzverpflichtungen ermöglichen.

Die bisherige Bilanz der CDM-Projekte ist jedoch zwiespältig. Einerseits belegen über 1 000 registrierte und die Vielzahl geplanter CDM-Projekte, dass der Gedanke der internationalen Projektzusammenarbeit im Klimaschutz breite Akzeptanz gefunden hat. Dabei werden auch viele gute Projekte durchgeführt, die den Zielen des CDM entsprechen. Andererseits häufen sich die Anzeichen für einen erheblichen Missbrauch von CDM-Projekten und der Förderung von Projekten, die keine oder gar negative Auswirkungen auf den Klimaschutz haben. Diese Missstände müssen im Rahmen der laufenden Verhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll dringend abgestellt werden, um die Erreichung der internationalen Klimaschutzziele nicht zu gefährden.

Ein gravierendes Problem vieler CDM-Projekte besteht im Fehlen der erforderlichen Zusätzlichkeit der Klimaschutzmaßnahmen. Eine durch den World Wide Fund for Nature (WWF) in Auftrag gegebene Studie des Öko-Instituts hat ergeben, dass gegenwärtig bei rund 40 Prozent der CDM-Projekte die Zusätzlichkeit der Maßnahmen unwahrscheinlich oder fragwürdig ist. Und nach einer Studie der amerikanischen Umweltschutzgruppe International Rivers waren sogar drei Viertel der untersuchten CDM-Projekte im Zeitpunkt ihrer Anerkennung als CDM-Projekt bereits abgeschlossen, was darauf hinweist, dass diese Projekte wahrscheinlich auch ohne den CDM durchgeführt worden wären. Das hat ernste Auswirkungen auf die Klimabilanz der CDM-Projekte: Da CDM-Projekte auf der einen Seite höhere Emissionen in den Industrieländern zulassen, sind sie nur dann positiv für den Klimaschutz, wenn diesen Mehremissionen auf der anderen Seite tatsächliche Emissionseinsparungen in den Gastländern gegenüberstehen, die ohne die CDM-Projekte nicht erfolgt wären. Werden statt-

dessen Maßnahmen, die ohnehin durchgeführt worden wären, über CDM-Projekte gefördert, kann der CDM im Ergebnis zu mehr Klimabelastung führen, weil den Mehremissionen in den Industrieländern keine zusätzlichen Emissionsersparungen gegenüberstehen. Deshalb müssen in den Verhandlungen um das Kyoto-Nachfolgeprotokoll strengere Regeln für die Zusätzlichkeit von CDM-Projekten und die Voraussetzungen für eine effektive Kontrolle ihrer Einhaltung geschaffen werden. Zu diesem Zweck muss insbesondere die Unabhängigkeit der Projektvalidierer und des CDM-Exekutivrats erhöht und die öffentliche Kontrolle und Mitsprache im Verfahren der Anerkennung von CDM-Projekten gestärkt werden.

Ein weiteres Problem ist die teilweise fehlende ökologische und soziale Nachhaltigkeit der CDM-Projekte. Zwar sind Atomprojekte aus gutem Grund von der Anerkennung als CDM-Projekte ausgeschlossen. Kohlekraftwerke können aber seit letztem Jahr als CDM-Projekte anerkannt werden, wenn sie bestimmte vom CDM-Exekutivrat formulierte Effizienzvorgaben erfüllen. Die durch neue Kohlekraftwerke in China oder Indien generierten Emissionszertifikate können dann genutzt werden, um zum Beispiel den Bau neuer Kohlekraftwerke in Deutschland zu ermöglichen. Diese Förderung einer der klimaschädlichsten Formen der Energieerzeugung führt die Klimaschutzziele des Kyoto-Protokolls und des CDM ad absurdum. Deshalb muss auch der Bau von Kohlekraftwerken aus dem Kreis der anererkennungsfähigen CDM-Projekte gestrichen werden. Staudammprojekte dürfen nur anerkannt werden, wenn sie den Kriterien der World Commission on Dams entsprechen.

Besonders fragwürdig ist auch die Nachhaltigkeit zahlreicher CDM-Projekte, die in Zusammenhang mit der Vermeidung von halogenierten Fluorkohlenwasserstoffen (HFKW) und Distickstoffoxid (N_2O) stehen. Weil diese Stoffe besonders klimaschädlich sind, lassen sich durch ihre Vermeidung relativ kostengünstig viele CDM-Zertifikate generieren. Auf diese Weise kann indirekt ein Anreiz zur Ausweitung der Produktion der genannten Stoffe gegeben werden, nur um sie anschließend wieder CDM-wirksam einsparen zu können. Solche kontraproduktiven Anreize müssen in Zukunft durch klare Standards vermieden werden.

Angesichts der bestehenden Probleme mit projektbasierten Mechanismen wird verstärkt über die Möglichkeit von sektoralen oder politikbezogenen CDM-Maßnahmen diskutiert. Statt in ihrer Zusätzlichkeit und Nachhaltigkeit schwer zu kontrollierende Einzelprojekte würden dabei Emissionsreduktionen in einem bestimmten Sektor, z. B. in der Energie- oder Abfallwirtschaft, bzw. die Förderung bestimmter Politikinstrumente, z. B. eines Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Gastland, honoriert. Da auch diese Ansätze zahlreiche praktische Fragen aufwerfen, sollte das Kyoto-Nachfolgeabkommen eine Pilotphase zur Erprobung sektoraler und politikbezogener CDM-Ansätze vorsehen.

Neben hohen qualitativen Standards müssen für CDM-Projekte auch weiterhin klare quantitative Grenzen gelten. Die Industrieländer stehen in der Pflicht, den wesentlichen Teil ihrer Klimaschutzanstrengungen bei sich zuhause zu leisten. Wenn eine langfristige Begrenzung der Klimaerwärmung auf 2 Grad Celsius gelingen soll, müssen sie nach den Berechnungen des Weltklimarates ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 25 bis 40 Prozent gegenüber dem Stand des Jahres 1990 senken. Der Clean Development Mechanism darf deshalb nicht zur Einladung an die Industrieländer werden, sich von ihren eigenen Klimaschutzaufgaben freizukaufen. Außerdem ist eine Ausweitung des Anteils an CDM-Projekten nicht vertretbar, solange die Zweifel an deren Nachhaltigkeit und Zusätzlichkeit nicht durch neue Regeln und Kontrollmaßnahmen ausgeräumt sind. Ein Moratorium für CDM-Projekte würde hingegen über das Ziel hinausschießen. Dadurch würde nicht nur ein potentiell nützliches Instrument des internationalen Klimaschutzes vorschnell diskreditiert. Ohne den

CDM könnte es auch erheblich schwieriger werden, international die notwendige Unterstützung für ein ambitioniertes Kyoto-Nachfolgeabkommen zu gewinnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich im Rahmen der Verhandlungen zu einem Kyoto-Nachfolgeabkommen dafür einzusetzen, dass

- die Integrität, Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit der CDM-Projekte erhöht wird und die Zusätzlichkeit der Projekte durch klare Kriterien, wirksame Kontrollen und abschreckende Sanktionen sichergestellt wird,
- klimaschädliche Kohlekraftwerke nicht länger als CDM-Projekte anerkannt werden dürfen, Atomprojekte ausgeschlossen bleiben und für Staudammprojekte die ökologischen und sozialen Kriterien der World Commission on Dams eingehalten werden müssen,
- Projekte zur Reduzierung von HFKW-23 und N₂O keine Anreize zur Fortsetzung oder Ausweitung dieser klimaschädlichen Stoffe und zum Verzicht auf Alternativen bieten dürfen und dass solche Vorhaben andernfalls nicht mehr als CDM-Projekt anerkannt werden,
- die Transparenz des Verfahrens erhöht und die Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, Nichtregierungsorganisationen und der gesamten Öffentlichkeit gefördert und intensiviert wird,
- die Unabhängigkeit der Projektvalidierer und des CDM-Exekutivrats gestärkt wird, insbesondere dadurch, dass die Validierer künftig nicht mehr von den Projektentwicklern ausgewählt werden und ihre Bezahlung nicht direkt durch die Projektentwickler sondern über den Exekutivrat erfolgt,
- in Ergänzung zu den bestehenden projektbasierten CDM-Maßnahmen auch sektorale und politikbezogene CDM-Ansätze in einer Pilotphase geprüft werden,
- die Anerkennung von CDM-Projekten nicht ausgeweitet wird, solange die gravierenden Probleme hinsichtlich der Zusätzlichkeit und Nachhaltigkeit nicht gelöst sind und dass der Großteil der notwendigen Emissionsminderungen auch in Zukunft in den Industriestaaten selbst erbracht werden muss.

Berlin, den 10. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

